

Bericht aus Berlin



CDU

Armin Schuster

Integrationsgesetz im Bundestag

„Fördern und Fordern“ wird festgeschrieben

In dieser Woche haben wir das neue Integrationsgesetz in erster Lesung im Bundestag beraten. Das Gesetz steht ganz im Zeichen unseres Ansatzes, dass Flüchtlinge sowohl gefördert als auch gefordert werden sollen. Einerseits sollen bleibeberechtigten Flüchtlinge schnell unsere gesellschaftlichen Grundwerte wie die Religionsfreiheit kennen lernen und akzeptieren, da dies eine der Grundvoraussetzungen für eine gelungene Integration ist. Andererseits sind ausreichende Sprachkenntnisse und die schnelle Vermittlung einer Arbeitsstelle wichtig. Änderungen gibt es z. B. bei der Niederlassungserlaubnis. Nur wer für seinen Lebensunterhalt größtenteils selbstständig aufkommen kann und die deutsche Sprache sicher beherrscht (Niveau C1), kann schon nach 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erlangen. Ist dies nicht der Fall, kann eine solche Erlaubnis erst nach 5 Jahren beantragt werden, wobei auch dann hinreichende Sprachkenntnisse (Niveau A2) und die wirtschaftliche Eigenständigkeit nachgewiesen werden muss. Gleichzeitig fordern wir die Flüchtlinge: Wer Sprachkurse versäumt oder die Integration verweigert, muss in Zukunft mit Leistungskürzungen rechnen. Außerdem schreiben wir auf unsere Initiative hin mit dem Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2016 fest, dass Flüchtlingen ein bestimmter Wohnort zugewiesen werden kann, um eine Konzentration von Volksgruppen zum Beispiel in bestimmten Stadtvierteln zu vermeiden. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern erfordert die Mitwirkung der Flüchtlinge. Das stellen wir mit dem Gesetzentwurf klar.



Weithin sichtbar transportiert die Schweizer Botschaft in Berlin die Nachricht: Der Gotthard-Tunnel ist fertig.

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

17 Jahre Bauzeit, 57 Kilometer lang – die Schweizer feiern zurecht die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels. Mit dem Projekt haben uns unsere südlichen Nachbarn wieder einmal gezeigt, wie gute Infrastrukturpolitik funktioniert und wie ein breiter Konsens im Volk wichtige Infrastrukturprojekte nach vorne bringen kann. Denn das Projekt ist im Zeit- und Kostenrahmen fertig geworden, ein bei uns mittlerweile leider sehr seltenes Ereignis. In den letzten Jahren haben wir uns bekanntermaßen bei der Umsetzung von Großprojekten nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Flughafen BER, Stuttgart 21, Elbphilharmonie: Unsere weltweit geachteten Attribute wie Zuverlässigkeit und Qualität vernachlässigen wir gerade zu Hause sträflich. So findet man „Qualität made in Germany“ bei Großprojekten leider fast nur noch im Ausland. Auch der Gotthard-Basistunnel wurde maßgeblich mit Technik aus Baden-Württemberg gebohrt. Die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sind also definitiv gegeben, nur politisch müssen wir uns wieder stärker darauf fokussieren, auch die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem Bundestagsbeschluss zur Rheintalbahn haben wir den richtigen Weg eingeschlagen.

Ihr Armin Schuster

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 03.06.2016

Milchkrise

Unterstützung für Milchbauern kommt

Die Milchbauern nicht nur in unserer Region stehen angesichts der niedrigen Milchpreise vor großen Problemen. Ein Preis von unter 30 Cent pro Liter deckt weder die Kosten, noch können Gewinne erzielt werden. Deshalb haben wir erneut Soforthilfen für Milchbauern auf den Weg gebracht. So unterstützt der Bund die Landwirte mit Existenzsicherungshilfen, Bürgschaftsprogrammen und Steuerentlastungen in Höhe von mindestens 100 Millionen Euro. Schon im letzten Jahr wurde ein Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in Höhe von 78 Millionen Euro beschlossen, dieser soll auch für das Haushaltsjahr 2017 vorgesehen werden. Unterstützt werden die Bauern außerdem durch eine Novelle des Agrarmarktstrukturgesetzes, welche in dieser Woche beschlossen wurde. Die Novelle ermöglicht befristete Absprachen zur Höhe der Milchproduktion zwischen den Marktteilnehmern. Ebenfalls vorgesehen ist ein Branchendialog zwischen Landwirten, Molkereien und Handel, um die Milchmenge besser an die Marktsituation anzupassen. Wichtig ist aber, dass vor allem auf europäischer Ebene an Lösungen gearbeitet wird, da durch den Wegfall der Milchquote im vergangenen Jahr europaweit trotz sinkenden Absatzmärkten zu viel Milch produziert wird. Gerade auf europäischer Ebene muss deshalb über langfristige Lösungen nachgedacht werden.

Novelle des Erneuerbare Energien-Gesetzes

Koalition erzielt Einigung

Die Koalitionsspitzen haben sich in dieser Woche auf die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG verständigt. Um den andauernden Preissteigerungen entgegenzutreten, werden zukünftige Ausbaurahmen nur noch per Ausschreibung vergeben, so dass die Förderung nicht mehr nach einem festen Satz erfolgt, sondern von den Marktteilnehmern im Wettbewerb bestimmt wird. So soll derjenige Bewerber den Zuschlag erhalten, der am wenigsten öffentliche Zuschüsse benötigt. Darüber hinaus hält man an dem Ziel fest, bis 2025 maximal 45% des Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien zu generieren. Dazu werden die jeweiligen Ausbauziele der Energieträger Wind zu Land und zur See, Photovoltaik und Biomasse an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Einigung ist ein guter Kompromiss, der es uns erlaubt, in den nächsten Jahren die Energiewende im Zusammenspiel mit einem gezielten Ausbau der Netzinfrastruktur erfolgreich voranzutreiben.

Die Region zu Besuch in Berlin

Insgesamt fünf Besuchergruppen aus dem Dreiländereck waren in dieser Woche zu Besuch im Deutschen Bundestag und zu Gesprächen mit Armin Schuster zu Gast. Das Wahlkreisbüro steht Ihnen für Besuchsplanungen wie immer sehr gern zur Verfügung.



+++++++Kurz berichtet+++++++

Unterstützung aus Bad Krozingen



Leon Gehri aus Bad Krozingen unterstützte das Berliner Büro in den letzten drei Wochen als Praktikant. Leon Gehri war von August 2014 bis Juli 2015 als Stipendiat des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms in den USA und nutzte nun die Gelegenheit, nochmals ausführlich hinter die Kulissen des Bundestages zu schauen.

Bundesteilhabegesetz

Beim Teilhabegesetz haben sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen in dieser Woche auf einen gemeinsamen Kurs verständigt. Mit dem Gesetz soll behinderten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schneller ermöglicht sowie die staatliche Eingliederungshilfe verbessert werden. Gleichzeitig werden die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht umgesetzt. Zukünftig sollen Behinderte unter anderem die Möglichkeit haben, mehr Geld anzusparen. Bisher werden schon geringe Ersparnisse auf die staatlichen Hilfsleistungen angerechnet. Darüber hinaus werden die Kommunen bei den Kosten um fünf Milliarden Euro entlastet.

Bundeswehreinräufe werden verlängert

Der Bundestag hat in dieser Woche zwei Anträge der Bundesregierung auf Verlängerung der Einsätze im Kosovo und im Libanon in erster Lesung behandelt. Seit 1999 ist die Bundeswehr im Kosovo im Einsatz. Auch durch den Einsatz der Bundeswehr hat sich die Sicherheitslage vor Ort stetig verbessert, so dass in Zukunft nur noch bis zu 1350 Soldaten eingesetzt werden sollen. Im Rahmen des UNIFIL-Einsatzes unterstützt die Bundeswehr die libanesische Marine bei der seeseitigen Grenzüberwachung und bei der Ausbildung der Kräfte.